

Für eine Welt ohne Tiefseebergbau

Im Fokus: Der Pazifik



Foto: Corinna Broeckmann/MISEREOR

Ein auf stetigem Wirtschaftswachstum basierendes Gesellschaftsmodell hat zu einem maßlosen Verbrauch begrenzter Rohstoffe geführt. Deren Exploration, Förderung und Verarbeitung gehen oft einher mit Umweltzerstörung, Menschenrechtsverletzungen und Konflikten. Der bestehende Rohstoffhunger dieser Welt ist nicht zukunftsfähig. Doch statt des notwendigen Umdenkens droht nun auch noch die Zerstörung des bisher am wenigsten erkundeten Ökosystems der Erde: der Tiefsee. Dagegen formiert sich Widerstand: von Umweltschützer(inne)n und Wissenschaftler(inne)n sowie von Nichtregierungsorganisationen, Kirchen und vielen Küstengemeinden im Pazifik – der Region der Welt, die am meisten vom Run auf die Schätze der Tiefsee betroffen ist.

1 Hintergrund

In den Ozeanen lagern am Meeresgrund große Mengen wertvoller Rohstoffe. Aufgrund ihres im Vergleich zu terrestrischen Lagerstätten außergewöhnlich hohen Gehaltes verschiedenster Metalle wecken diese Vorkommen seit Jahren weltweit die Interessen vieler Staaten und Unternehmen. Auch Deutschland hat großes strategisches Interesse an diesen Rohstoffen, denn das exportstarke Land ist zu 100 Prozent abhängig vom Import zahlreicher Metalle. Eisen, Kupfer, Nickel, Kobalt, Lithium, Molybdän, Platin, u. v. a. sind für die Produktion in Deutschland und die Wettbewerbsfähigkeit ganzer Wirtschaftssektoren unabhömmlich geworden. Der globale Markt für Metalle ist jedoch hart umkämpft. Die Bundesregierung und eine Vielzahl deutscher Unternehmen versprechen sich durch den direkten Zugriff auf die marinen mineralischen Rohstoffe, die sie durch den Erwerb von Lizenzen erlangen

könnten, eine größere Unabhängigkeit von Rohstoffimporten. Zudem bietet der Tiefseebergbau ein wirtschaftliches Zukunftsfeld für deutsche Unternehmen durch die Entwicklung neuer Technologien. Aus diesem Grund unterstützt die Bundesregierung eine Reihe von Forschungsvorhaben und Industrieinitiativen in diesem Sektor. Auch die EU und einige ihrer Mitgliedsstaaten sind am Tiefseebergbau interessiert und investieren in die entsprechende Forschung.

Im Fokus des Interesses stehen Manganknollen, Kobaltkrusten und Massivsulfide – drei mineralische Rohstoffe, die ab 800 Metern Meerestiefe vorkommen. **Manganknollen** sind kartoffelgroße, schwarze Klumpen auf dem Meeresboden, die in relativ vielen Gebieten zu finden sind. Kommerziell interessante Manganfölder wurden bisher jedoch nur im zentralen Pazifik und im Indischen Ozean entdeckt. **Kobaltkrusten** bilden sich als steinharte, metallhaltige Beläge von bis zu 25 Zentimetern Dicke an den Hängen von Unterwasserbergen. Schätzungen zufolge gibt es weltweit mindestens

33.000 Unterwasserberge. Davon liegen etwa 57 Prozent im Pazifik, der somit die wichtigste Kobaltkrustenregion der Welt darstellt. **Massivsulfide** (oder polymetallische Sulfide) werden durch Ablagerungen um Austrittsorte bis zu 400 Grad heißen Wassers (sog. Hydrothermalquellen) ausgebildet. Hydrothermalquellen – und somit Massivsulfide – treten vorwiegend entlang von Plattengrenzen und an aktiven Vulkanen im Meer auf.

Alle drei Rohstoffe bilden sich äußerst langsam. So wachsen Manganknollen nur 10 bis 100 Millimeter pro Million Jahre; Kobaltkrusten sogar nur 1 bis 5 Millimeter. Massivsulfide benötigen Jahrtausende, um auf ein für einen Abbau interessantes Volumen anzuwachsen. Verwendung finden die in den Tiefseerohstoffen vorhandenen und zum Teil seltenen Metalle vor allem in der Stahlproduktion, in der Autoindustrie, in Batterien, LEDs, Akkus, Elektronik, Smartphones, in der Schmuckindustrie oder auch in Solarzellen.

Aufgrund der in der Tiefsee vorherrschenden extremen Bedingungen – wie hoher Druck, absolute Dunkelheit und sehr niedrige Temperaturen – stellt der Abbau der Tiefseerohstoffe eine große technische Herausforderung dar. Technisch möglich ist er inzwischen jedoch im Prinzip. So soll die „Ernte“ von Manganknollen mit riesigen Raupen geschehen, die den Meeresboden umpflügen und die Knollen und Sediment auf ein Aufbereitungsschiff an der Oberfläche pumpen. Die entstehenden Rückstände sollen wieder zurück zum Meeresboden gepumpt werden. Verhüttungsverfahren an Land sind noch in der Erprobung. Da Kobaltkrusten und Massivsulfide fest mit dem Meeresboden verwachsen sind, sollen diese Rohstoffe mitsamt des umgebenden Bodensubstrats mittels tonnenschwerer Unterwasserroboter mechanisch abgefräst, zerkleinert und abtransportiert werden. In jedem Fall ist der Tiefseebergbau mit existenziellen Gefahren für Mensch und Natur verbunden.

Gefahr für Mensch und Natur

Eine genaue Abschätzung der Umweltfolgen ist derzeit so gut wie unmöglich, da bislang viel zu wenig über das Ökosystem der Tiefsee bekannt ist. „Wir wissen mehr über die Oberfläche von Mars und Venus als über den Meeresboden. Grob gesagt: die Tiefsee ist eine große Unbekannte für uns“, sagte Chris Yeats, Geologe der australischen Commonwealth Scientific and Research Organisation (CSIRO) 2012.¹ Daran hat sich bis heute wenig geändert. Umweltexpert(inn)en sind sich jedoch einig, dass der Tiefseebergbau einen gewaltigen und äußerst riskanten Eingriff in die Ökosysteme der Meere bedeuten würde. Die Folgen sind unabsehbar.

Regenerationsprozesse in der Tiefsee laufen wissenschaftlichen Informationen zufolge etwa 25-mal langsamer ab als in Ökosystemen an Land.

Mit folgenden schweren Schäden des Ökosystems der Tiefsee ist zu rechnen:

- langfristige Zerstörung des Meeresgrundes, und damit der bodenbewohnenden und bodennahen Fauna und Flora mit ihrer einzigartigen und noch weitgehend unerforschten Artenvielfalt an Korallen, Schwämmen, Fischen und weiteren Tierarten.
- Entstehung riesiger Sedimentwolken, die, durch die Strömung bewegt, auch weit entfernte Regionen im Umkreis von Hunderten von Kilometern schädigen werden.
- Der Einsatz riesiger ferngesteuerter Maschinen am Meeresboden, die durchaus 250 bis 310 Tonnen schwer sein können, wird Lärm, Licht und Vibrationen verursachen, die insbesondere Großsäuger wie Wale und Delfine beeinträchtigen und nachhaltig schädigen können.

Bereits heute sind unsere Ozeane u. a. durch zunehmende Schifffahrt, durch Überfischung, durch die Folgen der Erdöl- und Erdgasförderung und durch die Ansammlung riesiger Mengen an Plastikmüll enorm belastet. Der Tiefseebergbau würde die Menge der Schadstoffe, die in die Meere gelangen, unweigerlich vergrößern.

Die zu erwartende zusätzliche Schädigung und Dezimierung der Fischbestände würde die Lebensgrundlage vieler Pazifikbewohner(innen) gefährden. Denn viele von ihnen leben von Subsistenzwirtschaft, überwiegend von der Fischerei; einige auch vom Tourismus. Ein so tiefgreifender Eingriff in das Ökosystem wie er durch den Tiefseebergbau zu erwarten ist, würde den Bewohner(inne)n des Pazifiks ihre ökonomische Lebensgrundlage entziehen. Für die mehrheitlich indigene Bevölkerung des Pazifiks ist der Ozean Teil ihres spirituellen und kulturellen Lebensraumes. Die gravierenden Folgen des Tiefseebergbaus können für sie den zusätzlichen Verlust ihrer Tradition und Kultur bedeuten.

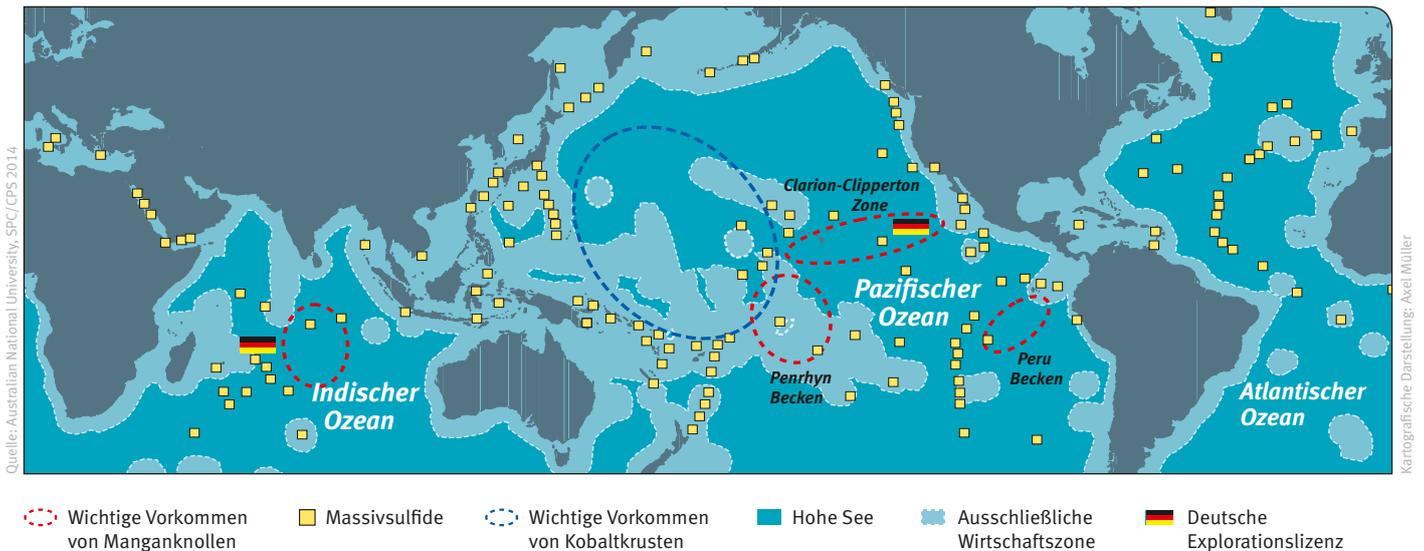
Eine weitere Gefahr würden die Aufbereitungsanlagen an Land darstellen. Bisherige Erfahrungen aus dem Bergbau an Land und aus der Erdöl- und Erdgasförderung zeigen, dass selbst bei hohen Sicherheitsstandards Umweltschäden und daraus folgende Menschenrechtsverletzungen nicht gänzlich ausgeschlossen werden können. Zu den gefährdeten Rechten zählen u. a. das Recht auf

¹ http://actnowpng.org/sites/default/files/ELAW_dsm_opinion_0.pdf

Tabelle 1: Reichtum am Meeresgrund

Rohstoffe	Tiefe	Potentielle Lagerstätte	Metalle	Verwendung
Manganknollen	4.000 bis 6.000 Meter	Clarion-Clipperton-Zone (CCZ) Peru Becken, Penrhyn-Becken im Pazifik und Indischer Ozean	Mangan, Eisen, Kupfer, Nickel, Lithium, Molybdän, Zink, Titan, Kobalt	Stahl, Autos Batterien, LEDs Elektronik
Kobaltkrusten	800 bis 3.000 Meter	Westpazifik	Mangan, Kobalt, Nickel, Eisen, Platin, Seltene Erden, Tellur	Stahl, Autos, Akkus LEDs, Schmuck
Massivsulfide	1.000 bis 4.000 Meter	Mittelozeanischer Rücken, Pazifik, Rotes Meer	Gold, Silber, Cadmium, Zink, Kupfer, Platin, Blei, Wismut, Tellur, Germanium	Schmuck, Solarzellen Smartphones, Akkus Autos

Abb. 1: Wichtige Vorkommen mariner mineralischer Rohstoffe



Gesundheit sowie das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard, einschließlich Ernährung und sauberem Trinkwasser. Diese Rechte sind in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und in weiteren Menschenrechtsabkommen der Vereinten Nationen festgeschrieben.

Im Gegensatz zur Tiefsee sind die ökologischen Auswirkungen des Bergbaus an Land weithin sichtbar und werden häufig durch das Engagement zivilgesellschaftlicher Organisationen aufgezeigt. Die möglichen Schäden in den Ozeanen hingegen sind seitens der Zivilgesellschaft nur schwer aufzudecken und werden daher sehr lange im Verborgenen bleiben, ohne dass etwas dagegen unternommen werden kann.

Die Tiefsee spielt auch eine wichtige Rolle im globalen Kohlenstoffkreislauf und damit für das Klimasystem und den fortschreitenden Klimawandel. Ein erheblicher Teil der vom Menschen verursachten Kohlendioxidemissionen wird von den Ozeanen aufgenommen. Der direkte Einfluss des Tiefseebergbaus auf diese Senkenfunktion ist nicht erforscht. Die Zerstörung der Ökosysteme der Tiefsee könnte den Kohlenstoffzyklus empfindlich stören. „Ozeane bedecken 70 Prozent des Planeten. Sie sind die größten Sauerstofflieferanten, erzeugen das Klima und können Quelle von Naturkatastrophen sein“, so die deutsche UNESCO-Kommission. Und weiter: „Durch Überfischung, Versauerung, übermäßigen Nährstoffeintrag und Vermüllung sind Ozeane stark gefährdet. Wir brauchen mehr Bewusstsein, klare Regeln und wissenschaftsbasierte Governance, um dem entgegenzuwirken.“⁴² Zu Recht weist die Kommission darauf hin, dass die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) mit dem SDG 14 ein eigenes Ziel zum Schutz der Meere enthalten:

ZIEL 14: Leben unter dem Wasser
Ozeane, Meere und Meeresressourcen sind im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu erhalten und nachhaltig zu nutzen.

Mit der vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) als „Zukunftsvertrag der Welt“ bezeichneten Agenda 2030 hat auch Deutschland sich verpflichtet,

geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um dieses Ziel bis 2030 umzusetzen. Investitionen in den Tiefseebergbau widersprechen dieser Verpflichtung.

Ungeachtet der vielen offenen Fragen und der erkennbaren Risiken schreitet die Entwicklung neuer Technologien für den Tiefseebergbau voran. 2019/2020 will ein in Kanada ansässiges multinationales Rohstoffunternehmen, Nautilus Minerals Inc., im Rahmen des Solwara 1 Projektes Massivsulfide vor der Küste Papua Neuguineas abbauen. Der Abbau soll in der Bismarck-See, in nur rund 30 km Entfernung von der Küste, stattfinden. Nautilus bereitet erste Unterwassertests vor; die Abbaumaschinen sind Angaben des Unternehmens zufolge bereits vor Ort eingetroffen. Solwara 1 wäre das erste Tiefseebergbauprojekt der Welt und ein möglicher Startschuss für weitere ähnliche Vorhaben im Pazifik.

Welches Recht gilt?

Je nachdem, in welcher Entfernung von der Küste die marinen mineralischen Rohstoffe gefunden werden, gilt nationales oder internationales Recht. Befinden sich diese Rohstoffe in der **Hohen See**, also in internationalen Gewässern, ist die 1994 mit Inkrafttreten des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (SRÜ) gegründete Internationale Meeresbodenbehörde (IMB) für die Aushändigung der Erkundungs- und Förderlizenzen zuständig. Die IMB achtet auch darauf, dass Gewinne aus dem marinen Bergbau gerecht an alle Staaten, insbesondere auch an landumschlossene Entwicklungsländer, verteilt werden. Zudem schreibt sie Umweltschutzmaßnahmen vor, die alle Mitgliedsstaaten des SRÜ befolgen müssen. Sofern ein Staat das SRÜ ratifiziert, müssen die nationalen Gesetze den Regeln des Abkommens entsprechen. Insgesamt 168 der 193 UN Mitgliedsstaaten sowie die EU sind dem SRÜ bislang beigetreten (Stand: 1. Februar 2017). Die IMB hat bislang 26 Erkundungslizenzen für die Rohstoffe in der Tiefsee, über eine Gesamtfläche von 1,2 Millionen Quadratkilometern – einer Fläche fast dreieinhalb Mal so groß wie Deutschland – an verschiedene

² <https://www.unesco.de/wissenschaft/2016/welttag-der-ozeane.html>

Länder vergeben. Zu den Lizenznehmern gehören u. a. Australien, Japan, Frankreich, China und Indien. Auch Deutschland besitzt Explorationslizenzen: eine über zwei Areale im Nordostpazifik, in der sog. Clarion-Clipperton-Zone (CCZ) für Manganknollen, die sie schon 2006 von der IMB erwarb; seit 2014 besitzt Deutschland eine weitere im Indischen Ozean, ca. 1.000 km südöstlich von Madagaskar, für Massivsulfide. 2017 laufen die ersten aller von der IMB vergebenen Explorationslizenzen aus. Sie können um weitere fünf Jahre verlängert oder aber in Abbaulizenzen umgewandelt werden. Ein Regelwerk für den Abbau der Rohstoffe in der Tiefsee gibt es noch nicht. Derzeit wird ein internationales Regelwerk mit einer Reihe von Schutzmaßnahmen von der IMB für Manganknollen erarbeitet; Regeln für den Abbau von Massivsulfiden und Kobaltkrusten sollen folgen.

Viele Tiefseelagerstätten befinden sich jedoch nicht auf Hoher See, sondern innerhalb der **Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ)** eines Staates. Diese erstreckt sich bis auf 200 Seemeilen (circa 370 Kilometer) seawärts. Unter gewissen geologischen Umständen kann sie auf 350 Seemeilen (rund 648 Kilometer) ausgedehnt werden. Dies scheint für viele Staaten wirtschaftlich höchst interessant, denn innerhalb der AWZ liegen die Vergabe der Explorations- und Abbaurechte nicht in den Händen der IMB, sondern bei den jeweiligen nationalen Regierungen. So haben insbesondere einige pazifische Inselstaaten in den letzten Jahren über hundert Ex-

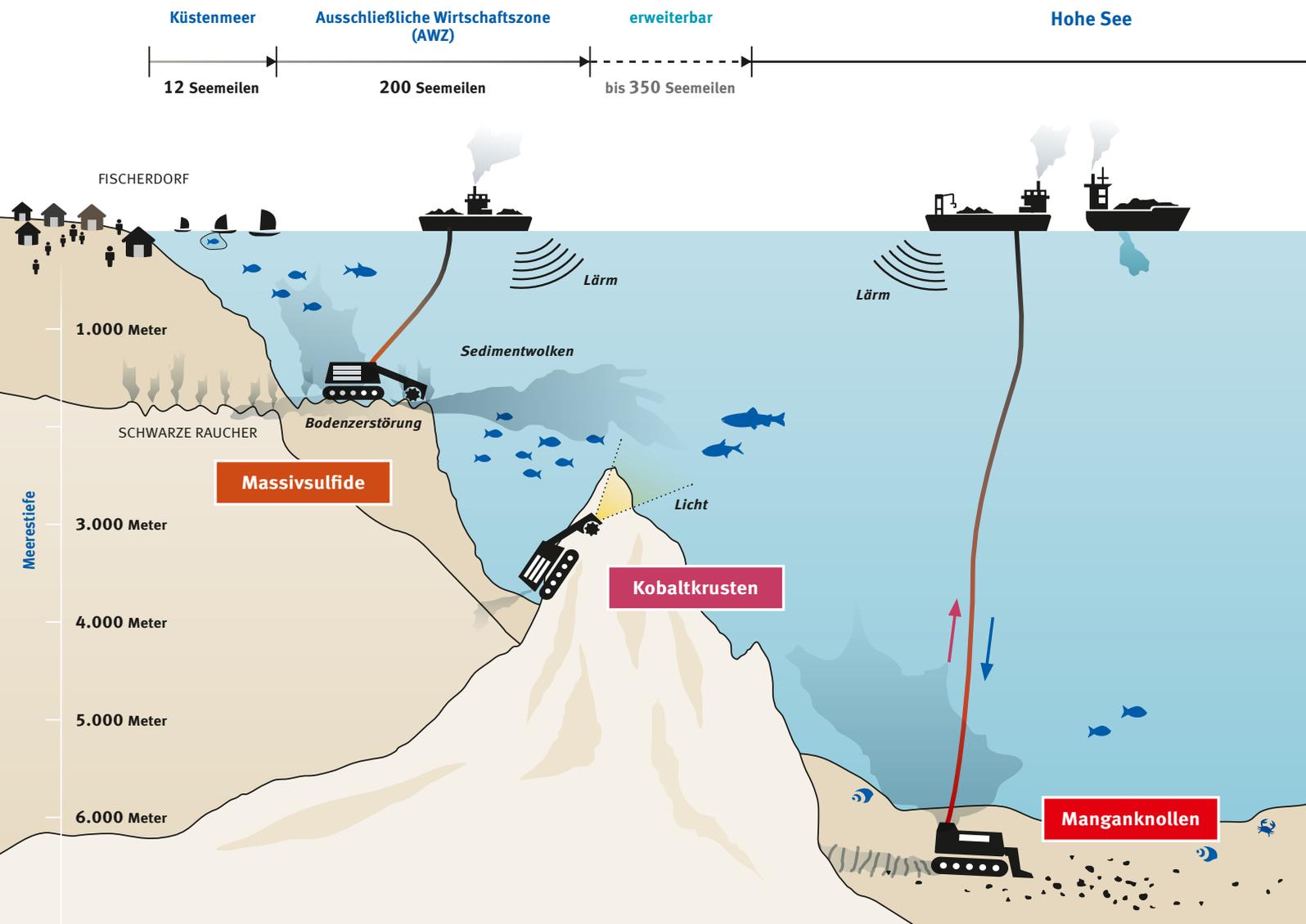
plorationslizenzen für marine mineralische Rohstoffe in ihren AWZ vergeben. Der Tiefseebergbau in den AWZ könnte schon sehr bald Realität werden, wie das o. g. Solwara 1 Projekt belegt.

2 Erfahrungen

Der Pazifik ist der größte Ozean der Welt, mit zahlreichen Inseln, Inselgruppen und -ketten. Von den insgesamt 7.500 Inseln sind über 2.000 bewohnt. Die mehr als 15 Millionen Einwohner(innen) des Pazifiks gehören drei Kulturräumen an – Polynisien, Melanesien und Mikronesien. Verbunden sind sie alle durch den Ozean. Meer und Land gehören für die Bewohner(innen) des Pazifiks zusammen. So sprechen sie auch oft von ihrem „flüssigen Kontinent“. Der wurde in der Vergangenheit bereits mehrfach bedroht.

Bis heute leiden viele Pazifik-Insulaner(innen) – auch auf weit entfernten Inseln – unter den Folgen der Atombombentests der USA und Frankreichs, die vor allem in den 1940er und 50er Jahren, z. T. sogar noch bis in die 1990er Jahre hinein, durchgeführt wurden. Sie haben einige Inseln bis heute unbewohnbar gemacht. „*Noch nirgendwo auf der Welt wurde der Tiefseebergbau durchgeführt. Wenn er nun im Pazifik erstmals stattfinden wird, werden unsere Nationen erneut zu ‚Versuchskaninchen‘ – ganz ähnlich wie sie es für die Nuklearindustrie bereits einmal waren*“, so Vertreter(innen)

Abb. 2: Schematische Darstellung des Tiefseebergbaus



der Nichtregierungsorganisationen der Bismarck Ramu Group und des Pacific Network on Globalisation sowie der Pacific Conference of Churches in einer gemeinsamen Erklärung im Mai 2014.³

Nicht nur die Nukleartests haben die Menschen im Pazifik hart getroffen. Der Pazifik gehört auch zu den Regionen der Welt, die am heftigsten vom Klimawandel betroffen sind – obwohl ihre Bewohner(innen) doch am wenigsten dazu beitragen. Immer intensivere und häufiger auftretende Wirbelstürme sowie der steigende Meeresspiegel stellen für viele von ihnen eine existenzielle Gefahr dar. Zahlreiche kleine Inselstaaten liegen nur geringfügig über dem Meeresspiegel und ein weiterer Anstieg würde viele Inseln überschwemmen. Die Carteret Inseln, ein kleines Atoll in der zu Papua Neuguinea gehörenden Autonomen Region Bougainville, ist durch den Anstieg des Meeresspiegels bereits zerteilt worden. Einige Inselstaaten erarbeiten Pläne oder stehen bereits in Verhandlung mit Nachbarstaaten darüber, wohin ihre Bevölkerung umgesiedelt werden kann, wenn ihr Staatsgebiet oder Teile davon langsam vom Meer verschluckt werden. Landkonflikte und soziale Spannungen sind zu erwarten. Für viele Bewohner(innen) der Pazifikinseln ist das Wort „Klimaflüchtling“ längst kein Fremdwort mehr. Allerdings bleibt die internationale Hilfe trotz punktueller Medien-

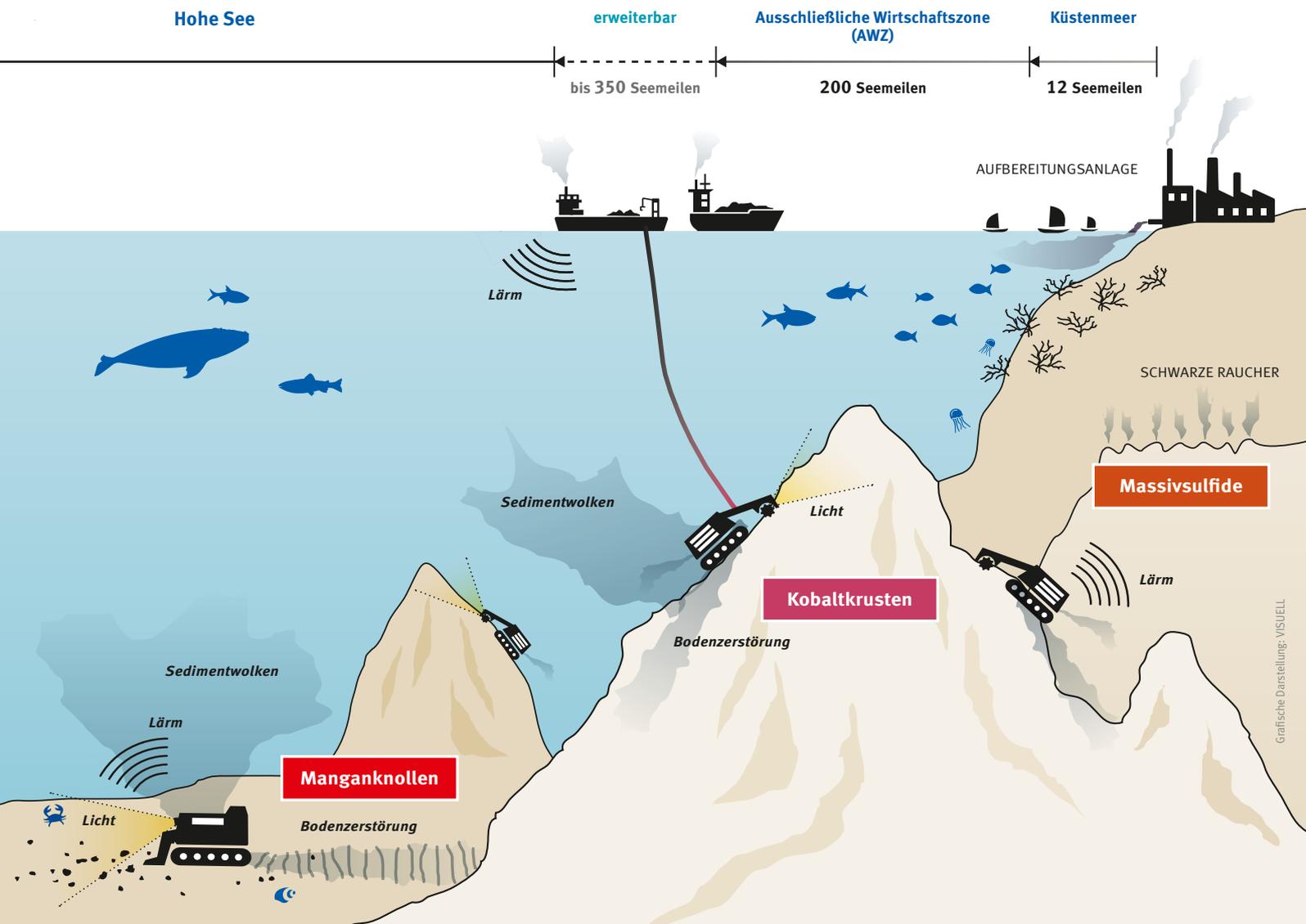
aufmerksamkeit insgesamt gering. Der Umgang mit irreversiblen, klimabedingten Schäden und Verlusten ist in den internationalen Klimaverhandlungen ein höchst strittiges Thema.

Neben den o. g. Gefahren für das Weltklima könnte der Tiefseebergbau noch weitere existenzielle Probleme für die Menschen im Pazifik mit sich bringen. Schon mit dem Bergbau an Land haben vor allem die in Armut lebenden Menschen im Pazifik schlechte Erfahrungen gemacht. Die Erfahrung in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern – und nicht nur dort – zeigt, dass Regierungen häufig nicht in der Lage oder nicht willens sind, ihre nationalen Gewässer wirksam vor Umweltverschmutzungen und die Menschen vor deren Folgen zu schützen. Umweltzerstörung und gesundheitliche Schäden, Umsiedlungen, Landkonflikte, soziale Spannungen und eklatante Menschenrechtsverletzungen waren und sind oft die Folge – bis hin zu gewaltsam ausgetragenen Konflikten. Dem Tiefseebergbau sehen viele Pazifik-Insulaner(innen) daher verständlicher und berechtigter Weise mit großer Sorge entgegen.

Reaktionen von Nichtregierungsorganisationen und Kirchen vor Ort

Insbesondere in Papua Neuguinea, wo mit Solwara 1 der industrielle Abbau in der Tiefsee vor der Türe steht, hat sich Widerstand formiert. Unterstützt von der MISEREOR-Partnerorganisation „Deep Sea Mining Campaign“ forderten zivilgesellschaftliche Vertreter(innen)

³ https://info.brot-fuer-die-welt.de/sites/default/files/blog-downloads/pacific_cso_statement_of_concern.pdf



aus Papua Neuguinea im April 2017 bei der Jahreshauptversammlung des Bergbaumultis Anglo-American das Unternehmen auf, seine Investitionen in das Solwara 1 Projekt des kanadischen Unternehmens Nautilus zu stoppen. „Anglo American, wir sind keine Versuchskaninchen für Ihr Testprojekt“, so Jonathan Mesulam vom zivilgesellschaftlichen Bündnis der „Alliance of Solwara Warriors“ in einer Pressemeldung vom 24. April 2017. Christina Tony von der NRO Bismarck Ramu Group weist in der gleichen Meldung nachdrücklich auf die mangelnde Beteiligung der Betroffenen hin und darauf, dass sie weder dem Projekt zugestimmt hätten, noch alle relevanten Informationen zugänglich seien.⁴ Dies widerspricht u. a. internationalen Menschenrechtsstandards, die verlangen, dass indigene Völker ihre „freie, vorherige und informierte Zustimmung“ (free, prior and informed consent – FPIC) zu Projekten und grundlegenden Entscheidungen geben müssen, die sie betreffen.

Im März 2017 bereits hatten sich Caritas-Koordinator(inn)en von 19 katholischen Diözesen in Papua Neuguinea explizit hinter den friedlichen Protest der Alliance of Solwara Warriors, der Bismarck Ramu Group und anderer Nichtregierungsorganisationen gestellt. Als Teil des „katholischen Netzwerkes für soziale und ökologische Gerechtigkeit und für die integrale menschliche Entwicklung in ländlichen Gemeinden“ hatten sie auf die Risiken insbesondere für die Küstengemeinden aufmerksam gemacht und die Regierung Papua Neuguineas aufgefordert, den Tiefseebergbau umgehend zu stoppen.⁵

Die Kirchen im Pazifik teilen die Sorgen der Menschen und erklären sich solidarisch – über die Grenzen von Staaten und Konfessionen hinweg. So riefen beispielsweise erst im April 2017 elf leitende Vertreter(innen) verschiedener Religionsgemeinschaften in einem gemeinsamen und eindringlichen Statement die Regierung von Papua Neuguinea und die übrigen Regierungen der pazifischen Inselstaaten zu einem Stopp des Tiefseebergbaus in der Region auf. Unter den Initiatoren des Statements waren u. a. John Ribat, katholischer Kardinal aus Papua Neuguinea, Fr. Victor Roche, Generalsekretär der katholischen Bischofskonferenz von Papua Neuguinea, sowie weitere katholische und protestantische Kirchenführer.

3

Herausforderungen

Viele Inselstaaten im Pazifik sind weiterhin von Armut geprägt. Im Weltentwicklungsbericht der Vereinten Nationen von 2016 liegt Fidschi mit Platz 91 von insgesamt 188 gemessenen Ländern noch an der Spitze der pazifischen Staaten. Andere, wie Papua Neuguinea und die Salomonen, finden sich mit Platz 154, bzw. Platz 156, in der Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder der Welt. Kein Wunder also, dass für einige Regierungen, z. B. von Papua Neuguinea, den Cookinseln, Tuvalu, den Salomonen, Tonga oder Fidschi, der Tiefseebergbau als ein möglicher Wachstumsmotor und als Chance zur Generierung von Einnahmen gilt. Die Gefahren des Tiefseebergbaus, so die Befürchtung auch von zivilgesellschaftlichen Organisationen vor Ort, werden von der Politik unterschätzt, obgleich das Risiko negativer Folgen in der Pazifikregion besonders hoch ist, da viele der Inselstaaten bislang noch keine effektiven Umwelt- und Meeresschutzgesetze verabschiedet haben. Staaten, wie z. B. Papua Neuguinea, haben in Ermangelung entsprechender spezifischer Gesetze die juristischen Grundlagen für den Bergbau an Land einfach auf den Tiefseebergbau übertragen. Selbst dann, wenn es gute gesetzliche Regelungen gibt, werden diese häufig nicht entsprechend umgesetzt. Viele Pazifikstaaten leiden nach wie vor unter schlechter Regierungsführung. Auch Korruption ist in einigen Staaten ein Problem. Mangelnde Information über und Beteiligung betroffener Gemeinden und zivilgesellschaftlicher Organisationen an Entscheidungen über Tiefseebergbau sowie die in einigen Pazifikstaaten vorherrschende Einschränkung von Meinungs- und Pressefreiheit sowie weitere Menschenrechtsverletzungen stellen diejenigen, die friedlich gegen den Tiefseebergbau protestieren wollen, vor zusätzliche Hindernisse. Hinzu kommt ein gravierendes Machtungleichgewicht zwischen Gegner(inne)n und Befürworter(inne)n des Tiefseebergbaus. Das Ungleichgewicht der Verhandlungsmacht besteht nicht nur zwischen den betroffenen Küstengemeinden und ihren Regierungen, sondern auch zwischen

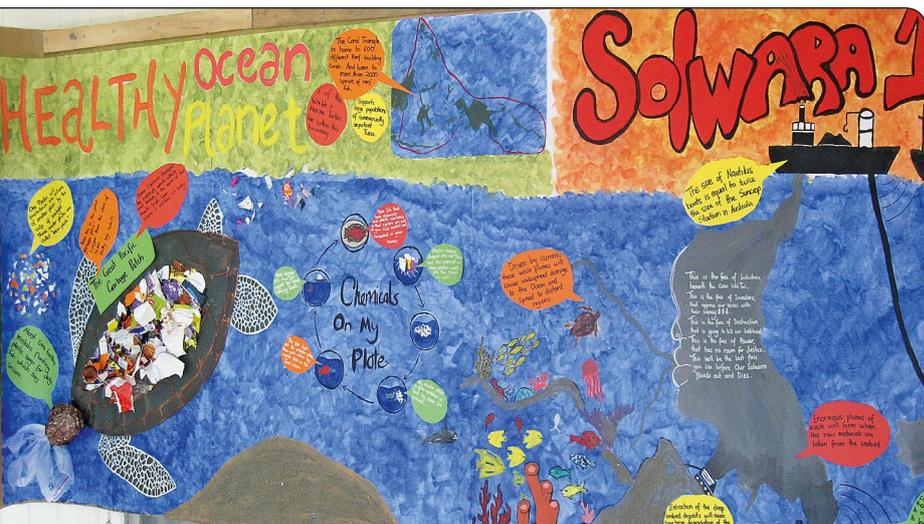


Foto: SEEP

Jugendliche in Fidschi geben ihrer Sorge um den Zustand der Meere künstlerischen Ausdruck

Doch nicht nur in Papua Neuguinea sind die Menschen in großer Sorge. In Fidschi beispielsweise, vor dessen Küsten ebenfalls Explorationslizenzen vergeben wurden, hatte die MISEREOR-Partnerorganisation SEEP 2016 in Zusammenarbeit mit dem WWF und den lokalen Organisationen „Young Adults with Concern“ und „Kauwai Youth“ einen Jugendwettbewerb anlässlich des „Welttages der Meere“ der Vereinten Nationen ausgeschrieben. Unter dem Motto: „Gesunder Ozean, gesunde Welt“ machten die Jugendgruppen in verschiedenen Aktionen auf den Zustand der Meere aufmerksam. Unterstützt von einem lokalen Künstler erstellten sie u. a. in einer einwöchigen Aktion ein Wandgemälde, das die Verschmutzung der Ozeane durch Abfälle bis hin zur befürchteten Zerstörung durch den Tiefseebergbau darstellt.

nigen Pazifikstaaten vorherrschende Einschränkung von Meinungs- und Pressefreiheit sowie weitere Menschenrechtsverletzungen stellen diejenigen, die friedlich gegen den Tiefseebergbau protestieren wollen, vor zusätzliche Hindernisse. Hinzu kommt ein gravierendes Machtungleichgewicht zwischen Gegner(inne)n und Befürworter(inne)n des Tiefseebergbaus. Das Ungleichgewicht der Verhandlungsmacht besteht nicht nur zwischen den betroffenen Küstengemeinden und ihren Regierungen, sondern auch zwischen

4 Media Release, Anglo American should divest from high risk deep sea mining, Monday, 24th April 2017, s. <http://www.deepseaminingoutofourdepth.org/anglo-american-should-divest-from-high-risk-deep-sea-mining>

5 vgl. Erklärung während des jährlichen Caritas PNG Forums 2017 in Madang, Papua Neuguinea, <http://www.looppng.com/png-news/caritas-png-forum-call-ban-sea-bed-mining-54039>

Stellungnahme zum Tiefseebergbau

Suva, Fidschi, 5. April 2017

Wir, die Kirchenführer, die wir uns vom 3. bis 8. April 2017 zu einem Informationsworkshop zum Thema Tiefseebergbau am „Pacific Theological College“ (PTC) getroffen haben, erkennen die Entwicklung im Bereich des Tiefseebergbaus an sowie die Schritte, die von verschiedenen Regierungen des Pazifiks, insbesondere der Regierung Papua Neuguineas, hinsichtlich der Vergabe von Bergbau-Lizenzen getan wurden.

Wir erkennen ebenso die Kampagnen der lokalen Gemeinden in Papua Neuguinea gegen den Tiefseebergbau an. Wir sind uns der Zerstörung durch den Tiefseebergbau bewusst.

Daher:

1. rufen wir die Regierung von Papua Neuguinea und aller anderen Pazifikstaaten dazu auf, alle Tests von Technologien für den Tiefseebergbau zu beenden – egal ob sie an Land oder auf See in Papua Neuguinea durchgeführt werden;
2. rufen wir die Zivilgesellschaft auf, gemeinsam mit den Kirchen und dem Bündnis der Solwara Warriors „NEIN“ zu sagen zu jeglicher Entwicklung des Tiefseebergbaus in ihrer Region;
3. rufen wir alle Regierungen und die Menschen im Pazifik auf, fest zusammenzustehen und sich für den Erhalt unseres gemeinsamen Hauses für die noch Ungeborenen und für künftige Generationen einzusetzen.
4. Gott hat uns den Auftrag erteilt: „Gott, der Herr, nahm also den Menschen und setzte ihn in den Garten von Eden, damit er ihn bebaue und hüte.“ (Genesis, 2,15). Es gab die Welt schon, lange bevor es uns Menschen gab. Wer sind wir, diese Welt zu zerstören?
5. Wir rufen die Menschen und die Regierungen des Pazifiks auf, fest und in Solidarität zusammenzustehen, um den Tiefseebergbau zu stoppen, in Papua Neuguinea und überall im Pazifik.

Kardinal John Ribat

Katholische Kirche, Papua Neuguinea

Pastor Roger Joseph

Generalsekretär, Rat der Kirchen, Papua Neuguinea

Pastor Kinim Siloi

Evangelisch-Lutherische Kirche, Papua Neuguinea

Pater Rozario Menezes

Präsident der Föderation der Ordensoberen Papua Neuguinea/Salomonen

Pater Victor Roche

Generalsekretär, Katholische Bischofskonferenz, Papua Neuguinea/Salomonen

Reverend A'ate

Unierte Kirche, Kiribati

Pastor Shem Tema

Rat der Christen, Vanuatu

Cromwell Quopoto

Unierte Kirche, Salomonen

Reverend Tevita Banivanua

Methodistische Kirche, Fidschi

Erzbischof Peter Chong

Katholische Kirche, Fidschi

Frances Namounamou

Pazifischer Rat der Kirchen



den Regierungen der kleinen Inselstaaten und denen der am Tiefseebergbau interessierten Industriestaaten und Bergbauunternehmen. Die finanzielle Abhängigkeit von internationalen Gebern wie Australien, USA, China, der EU, Weltbank oder Internationalem Währungsfonds prägt die meisten nationalen Ökonomien. Als Konsequenz sahen sich einige Inselstaaten in der Vergangenheit zu international verordneten Strukturanpassungsprogrammen gezwungen. Der Druck, in Bergbauprojekte zu investieren und sich künftig auch dem Tiefseebergbau zu öffnen, ist groß – mit allen politischen, ökonomischen und ökologischen Risiken.

Die Tiefsee zählt zu den bisher am wenigsten erkundeten Regionen der Erde. Das hat verschiedene Gründe. Einer ist, dass Tiefseeforschung technisch äußerst anspruchsvoll und auch sehr teuer ist. Zahlreiche Forschungsprojekte werden daher von der Industrie finanziert – von denjenigen also, die ein Interesse daran haben, den Tiefseebergbau voranzutreiben. Eine kürzlich von mehreren Forschungsinstituten erhobene Forderung, dass die Öffentliche Hand in Deutschland aus langfristigen, rohstoffstrategischen Gründen einen Teil des finanziellen Risikos übernehmen sollte,⁶ weist in die völlig falsche Richtung. Notwendig ist vielmehr eine von zweckgebundenen Interessen unabhängige Forschung in die komplexen und weitgehend unbekanntem Ökosysteme der Tiefsee. Das wäre im öffentlichen Interesse.

„Der Schutz der Biodiversität, ihre nachhaltige Nutzung und die gerechte Aufteilung der Nutzungsgewinne ist ein wesentlicher Faktor nachhaltiger Entwicklung. Als Querschnittsthema der deutschen Entwicklungszusammenarbeit wird es in allen BMZ-Projekten übergreifend berücksichtigt.“⁷ So steht es in der Agenda 2030 zum SDG 14 konkret zu lesen. Bundesentwicklungsminister Müller weist in der Einleitung auf die Chance der Weltgemeinschaft hin, mit den 17 Nachhaltigkeitszielen, „innerhalb einer Generation extreme Armut zu beenden, Ungerechtigkeit zu bekämpfen und den Planeten vor dem Kollaps zu bewahren.“⁸ Das alles ist richtig, bedarf aber einer kohärenten Politik, auch Deutschlands und der EU. Insbesondere mit Blick auf den Tiefseebergbau sind nicht nur BMZ und Umweltministerium gefragt, sondern alle Ministerien, einschließlich des Forschungs- und des Wirtschaftsministeriums.

Statt immer weiter auf technische Lösungen zu setzen, um den wachsenden Rohstoffbedarf zu decken, müssen – im Sinne der globalen Verteilungsgerechtigkeit und des Weltgemeinwohles – Anreize geschaffen und Maßnahmen gefördert werden, die auf eine absolute Senkung des Rohstoffverbrauches abzielen – wie Recycling, Erhöhung der Ressourceneffizienz, „urban mining“ oder „cradle-to-cradle“-Verfahren (d. h. also die Schaffung von geschlossenen Produktionskreisläufen). Hier stecken enorme Potenziale. Diese zunächst einmal auszuschöpfen ist die Weltgemeinschaft den Meeren als „gemeinsames Erbe der Menschheit“, den Menschen in Entwicklungs- wie in den Industrieländern und den

Menschen im Pazifik schuldig. Hier sollten die Bundesregierung und die EU eine Vorreiterrolle übernehmen – nicht in der Förderung immer neuer Technologien, die einen unmäßigen Rohstoffverbrauch weiter vorantreiben. Es gilt, einen gesamtgesellschaftlichen Um-denkenprozess herbeizuführen und zu fördern, um sicherzustellen, dass Deutschlands Rohstoffhunger weder auf Kosten benachteiligter Menschen erkaufte noch die Umwelt und unser Klima nachhaltig geschädigt werden. Es gilt, Generationengerechtigkeit zu gewährleisten und Zukunft im Sinne der nachhaltigen Entwicklungsziele zu gestalten. Wenn das gelingt, können wir auf die zentrale Frage von MISEREOR: „Wie wollen und wie werden wir leben?“ auch ruhigen Gewissens antworten: „Auf jeden Fall ohne Tiefseebergbau“.

6 Leopoldina, acatech und Union der deutschen Akademien der Wissenschaften, „Rohstoffe für die Energiewende – Wege zu einer sicheren und nachhaltigen Versorgung“, Kurzfassung der gemeinsamen Stellungnahme, Februar 2017 (www.leopoldina.org)

7 http://www.bmz.de/de/ministerium/ziele/2030_agenda/17_ziele/ziel_014_ozeane/index.html

8 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Der Zukunftsvertrag für die Welt: Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, März 2017, S. 1

Literatur

- **Bismarck Ramu Group, Pacific Conference of Churches and the Pacific Network on Globalisation (2014):** Pacific CSO Statement of concern on accelerated seabed mining developments within the Pacific Islands territorial waters and associated links to the role of European Union development assistance. https://info.brot-fuer-die-welt.de/sites/default/files/blog-downloads/pacific/pacific_cso_statement_of_concern.pdf
- **Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2017):** Der Zukunftsvertrag für die Welt. Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/infobroschueren/Materialie270_zukunftsvertrag.pdf
- **MISEREOR (Hrsg.) (2015):** Diskussionspapier: Tiefseebergbau – Unkalkulierbares Risiko für Mensch und Natur, Im Fokus – der Pazifik. <https://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/diskussionspapier-tiefseebergbau-pazifik-2015.pdf>
- **Maribus gGmbH (Hrsg.) (2014):** World Ocean Review 3. Rohstoffe aus dem Meer – Chancen und Risiken. <http://worldoceanreview.com/wor-3-uebersicht/>
- **Stiftung Asienhaus (Hrsg.) (2015):** Tiefseebergbau: Fakten und Schlussfolgerungen. <https://www.asienhaus.de/aktuelles/detail/tiefseebergbau-fakten-und-schlussfolgerungen/>
- **World Wide Fund (WWF) (2014),** Hintergrund, Bergbau in der Tiefsee – Grenzland für Forschung, Technologie und Naturschutz. <http://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/WWF-Hintergrundpapier-Tiefseebergbau.pdf>

Ausgewählte Links und Quellen

- www.bgr.bund.de/DE/Themen/MarineRohstoffforschung/marinerohstoffforschung_node.html (Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe)
- www.cedamar.org (Deutsches Zentrum für Marine Biodiversitätsforschung)
- www.deepseaminingoutofourdepth.org
- www.seas-at-risk.org
- www.fair-oceans.info

IMPRESSUM

Herausgeber: Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V.
Mozartstraße 9, 52064 Aachen, www.misereor.de

V.i.S.d.P.: Dr. Ulrich Füber, Leiter Abteilung Asien und Ozeanien

Redaktion: Elisabeth Strohscheidt

Erscheinungsort: Aachen, Mai 2017

Hinweis zum Urheberrecht: Für jegliche Weiterverwendung und Vervielfältigung ist die Zustimmung des Herausgebers einzuholen.